

Die 'Freiheit' erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die schönste aller Kompartimente oder deren Raum kostet 20,- M....

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach allen Berichten aus dem ganzen Reich hat die Kundgebung...

Leider sind die Demonstrationen an einzelnen Orten durch Ausschreitungen gestört worden.

Warnungen vor Provokationen nicht genügend beachtet

wurden. Insbesondere müssen wir es öffentlich verurteilen, daß...

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen...

Jetzt verhandelt der Reichstag über die Gesetzesvorlagen, in...

Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die...

zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen...

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen,

zeigt denen die Tür,

die jetzt in Wort oder Schrift eure Einigkeit stören oder euch...

Die so handeln, gehören nicht zu uns.

Lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen ab und weist, wo ein solcher...

Die kommunistische Partei hat sich geweigert,

den vorstehenden Aufruf wie auch schon den gemeinsamen...

Berlin, den 7. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,

Leopold Grafmann,

Allgemeiner freier Angestelltenbund,

Aufhäuser, Söh. Stahr,

Sozialdemokratische Partei Deutschlands,

Müller, Braun,

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,

Crispien, Dittmann, Ledebour.

Der Marktsturz.

Eine Waffe der Monarchisten.

Im Laufe von wenigen Tagen ist der Dollarkurs um...

Die Ursache des Marktsturzes ist vorläufig noch in...

Ist es vorläufig noch nicht möglich, einen Tatbeweis...

Kann die Marktbaisse auf die am 15. Juli fällige Re-

Also steht die Markt-Katastrophe mit der Ermordung...

Hat der Massenaufruf der Arbeiterschaft zum Schutz...

Nach einer Meldung der 'Frankfurter Zeitung' aus...

Die unsinnigsten Katastrophengerüchte, die von dem am...

Ein politisches Luftgeschäft.

Zur Antwort der Deutschen Volkspartei.

Der Vorstand der Fraktion der Deutschen Volkspartei hat...

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß die außerordentliche...

Wir halten daher eine Zusammenarbeit auch in der Regierung...

Namens des Vorstandes der Fraktion der Deutschen Volkspartei:

93, Dr. Stresemann.

Zu diesem Schreiben sagt der 'Vorwärts':

Da die Sozialdemokratie nicht daran denkt, statt der Un-

Ganz anders als der 'Vorwärts' kommentiert 'Der...

Jedenfalls verlangen die Mehrheitssozialisten von den Un-

bei aller tatsächlichen Vorsicht in diesem Punkte so wohlwollend, wie...

Leider scheinen sich die Mehrheitssozialisten wieder von ihren...

Wenn die Mehrheitssozialisten in ihren Verhandlungen mit...

Nach dem bisherigen Stand der Dinge dürfte also die bisherige...

Die Besprechungen der bisherigen Koalitionsparteien mit...

Anfere Genossen werden gut tun, sich geistig und organi-

Sturz des neuen polnischen Kabinetts.

DE. (Drahtbericht.) Warschau, 8. Juli. Der polnische Sejm...

Die Ruhrbergarbeiter vor dem Streik.

Der Deutsche Bergarbeiter-Verein in Gemeinschaft mit den...

Alle Verhandlungsmöglichkeiten zum Abschluß eines...

Es ist nicht unwichtig, sich bei dieser Gelegenheit einer interessanten historischen Parallele zu erinnern. Während des Kapp-Putsch geschah Ähnliches, nur in umgekehrter Richtung und zu umgekehrtem Zweck: Kurz nach dem Auftreten Kapps fiel die Mark rapid, aber noch während Kapp und Lüttich in der Wilhelmstraße residierten, trat seltamerweise eine Steigerung des Marktursums ein. Nun kann man wohl kaum behaupten, daß die Regierung Kapp-Lüttich im Ausland mehr Sympathie gehabt hat als die Regierung Wirth genießt. Es ist mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Leiter der Deutschen Bank, deren so reaktionäre Gesinnung ebenso bekannt ist wie ihre intimen Beziehungen zu Herrn Helfferich, damals kunstvolle Börsenoperationen vorgenommen haben, um der Regierung Kapp-Lüttich einen Kredit zu verschaffen, den sie nicht verdiente. Es liegt nahe, zu vermuten, daß auch in diesem Fall Großbanken und Schwerindustrie gern einen Kursgewinn einstreichen, wenn es ihnen nebenher gelingt, der Republik den Kredit zu rauben, den sie vorläufig noch hat und den sie vergrößern wird, wenn sie mit der Betämpfung der Monarchie Ernst macht.

Jeder Tag und jede Stunde bringt eine neue Entwertung des Geldes und macht den Wert der erkämpften Lohnhöhungen illusorisch. Vielleicht bildet sich die Koalition von Bankkapital und Schwerindustrie ein, daß das bei der Entente den Ruf nach der durchgreifenden starken Faust auslösen und ihr in den Sattel helfen würde.

Wer auch die Anstifter des Marksturzes sein mögen — ihre Ermittlung und Bestrafung ist mindestens ebenso geboten, wie die Ermittlung und Bestrafung aller an gelungenen und halbgelungenen monarchistischen Mordanschlägen Schuldigen. Die planmäßige Abwertung des Marktwertes ist die reaktionäre Gegenoffensive auf das Proletariat. Sie verursacht unsägliches Massenelend, das noch verschärft werden kann, wenn die Entente merkt, wo die wirklichen Anstifter der Marktkatastrophe sitzen.

Wird ihnen das Handwerk nicht gelegt, dann ist Verschärfung der Reparationsbedingungen zu befürchten. Deshalb ist sofortige Untersuchung der Marktkatastrophe und ihrer Entstehung durch den Staatsgerichtshof und unerbittliche Bestrafung der Schuldigen zu fordern.

Das „Machtinstrument“ der Republik.

Welchen Wert haben Dementis des Reichswehrministers?

Von Gen. Franz Künstler wird uns geschrieben:

Am 29. Juni schrieb ich an den Minister Dr. Gessler einen Brief, in welchem ich das Treiben von Offizieren der Marineschule Mürwik aus Anlaß der Ermordung Dr. Rathenaus aufzeigte (siehe „Freiheit“ vom 1. Juli). Wie nicht anders zu erwarten war, folgte am 1. Juli durch Wolffs Telegraphenbureau ein Dementi Dr. Gesslers, in welchem die von mir in meinem Briefe angeführten Tatsachen als frei erfunden erklärt werden (siehe „Freiheit“ vom 8. Juli).

Zum Schluß wird bemerkt: Strafantrag gegen die Verbreiter der Verleumdung folgt.

Zu dieser Mitteilung des Wehrministers an die Presse erteilte ich: Nach Form und Inhalt ist das von Dr. Gessler eigenhändig unterschriebene Dementi absolut falsch. Dr. Gessler ist auch hier wieder das Opfer seiner monarchistischen Offiziere geworden, die selbst nicht den Mut haben, für ihr Treiben einzustehen.

Wie ist das Dementi zustande gekommen?

Nach Bekanntwerden meines Briefes erschien in Mürwik der Marinekommissar Reichert aus Kiel und versuchte durch allerlei Manipulationen von zwei Messwärtern die Unterschriften für ein von ihm schon fertig in seinem Sinne abgefaßtes Schriftstück zu bekommen. Was die beiden Messwärter unterschrieben haben, wußten sie selbst nicht. Ein dritter Messwärter sollte ebenfalls unterschreiben. Trotzdem derselbe ablehnte, machte ein Offizier noch einigemal den Versuch, ihn zur Unterschrift und zu einer beschönigenden Äußerung über den Vorgang zu veranlassen. Trotz aller Bemühungen lehnte er jede Unterschrift und Auslage gegenüber dem monarchistischen Kommissar ab, auch dem Offizier gegenüber.

Welchen Verlauf hat die angebliche Geburtstagsfeier genommen? Zunächst will ich bemerken, daß am Abend der Ermordung Rathenaus in der Fähnrichsstube ein großes Trinkgelage veranstaltet wurde, besucht von 20 bis 25 Personen, teils Offizieren, teils Offizierschülern. Ueber den Verlauf dieser Abendveranstaltung empfehle ich dem Wehrminister, einmal die Herren Baurat Schotte, Oberlin, Bäcker und Oberlin, Zimmermann zu befragen. Bei diesem Gelage ging es sehr lustig zu; dies bewies auch der Zustand des Lokals am nächsten Tage.

Und nun zur Sonntagsveranstaltung. Im Anschluß an das Mittagessen wurde eine Feier veranstaltet. Gegen Abend wurde dann vom Kapitänleutnant Krause eine Rede gehalten, in welcher er u. a. folgendes sagte:

„Seht mal, ihr Fähnriche, habt ihr früher bei trockenem Brot und Margarine gegessen? Wie's auch kommt, wir haben zusammengehalten, ob Messwart oder Offizier.“

Mit seinem Glas an das des Messwartes Bornemann anstoßend sagte Kapitänleutnant Krause:

„Nun wollen wir anstoßen, daß der Mord an Rathenaus zum Wohle unseres Vaterlandes sein möge.“

Der Messwart setzte darauf sein Glas hin und ging hinaus. Soweit für heute über die „Geburtstagsfeier“, Herr Dr. Gessler, Herr Gessler, Ihr „Dementi“ ist ein von Ihren Offizieren angefertigtes Berlegenheitsprodukt. Genau wie das über die Kaisergeburtstagsfeier, bei welcher Ihre „republikanischen“ Offiziere ein Hoch auf Se. Majestät den obersten Kriegsherrn Kaiser Wilhelm II. ausbrachten. Auch damals leugneten die Offiziere, und die Presse dementierte eifrig. Heute wie damals ist das Dementi irreführend. Nicht weil Sie, Herr Minister, ein Schwindler sind, dazu schäme ich Sie als Mensch viel zu hoch; aber Ihre monarchistischen Offiziere informierten Sie falsch und zeigen sich nicht als die tapferen Gestalten, die Sie zu sein vorgeben.

Diese tatsächlichen Angaben mögen vorläufig genügen. Zum Schluß will ich nur das eine bemerken, daß mein Gewehrsmann bereit ist, seine Aussagen vor Gericht zu bekräftigen. Die Offiziere der Marineschule kennen den Wert der Dementis ganz genau und machen daher alle Anstrengungen, um meinen Gewehrsmann mundtot zu machen.

Das norwegische Storching hat mit sofortiger Wirkung Zoll-erhöhungen auf Baumwollwaren, Handtücher, Hüte, Kleider, Spielzeuge, Polamentwaren, Seide, Wollwaren usw. getroffen. Die Zölle richten sich hauptsächlich gegen die deutsche Konkurrenz.

Landtag.

Sitzung Sonnabend, 8. Juli.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird in zweiter Lesung der Entwurf eines Schulpolizeibeamtengesetzes behandelt. In der Ausschussberatung haben unsere Genossen gegen die schnelle Durchscheidung des Gesetzes Einspruch erhoben. Das Gesetz bezweckt die Einreihung der Schulpolizisten in die Berufsbeamtenschaft. Unser Einspruch findet seine Begründung in der im Gesetz enthaltenen Militarisierung der Schulpolizei.

Das Gesetz wird von der Mehrheit angenommen. Der Antrag Brehmann u. Gen. auf Behebung des durch Hochwasser im Kreise Niederrhein geschaffenen Notstandes wird ohne Aussprache angenommen.

Ebenso wird ohne Aussprache die Abänderung des Dienst-einkommensgesetzes über das Dienstverhältnis der Gewerbe- und Handelslehrer an den gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsschulen angenommen. Hiernach wird die Gewerbelehrerin in Zukunft das Gehalt der Handelslehrerin bekommen.

Ohne Aussprache werden weiter der Antrag Limberg (Soz.) betr. Siedlungswochen im oberhessischen Bergrevier und in zweiter und dritter Lesung der Gesetzesentwurf zur Regelung der Grenzen von Bergversteuern angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 11. Juli, 1 Uhr. Tagesordnung u. a. Gesetze zum Schutz der Republik.

Eisenbahneramnestie im Reichstag.

Aus der Rede des Genossen Rosenfeld in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags tragen wir noch nach, daß unser Vertreter nicht nur eine allgemeine politische Amnestie, sondern daneben auch eine Amnestie für die Eisenbahner gefordert hat. Er führte aus:

Die wirtschaftlichen und politischen Spitzenorganisationen des Klassenbewußten Proletariats haben gefordert: Amnestie für alle aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung gezogenen und Einstellung aller eingeleiteten Disziplinarverfahren. Diese Forderungen müssen erfüllt werden. Es ist eine Minimalforderung der Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft wird sich von diesen Minimalforderungen nichts abhandeln lassen. Ich mache auf den großen Ernst der Situation aufmerksam. Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien haben erklärt, daß sie „entschlossen sind, bei der Durchführung ihres Minimalprogramms vor keinem Widerstand zurückzumachen, und daß das Feuersteigefahren soll, um die ausgesetzten Forderungen zu verwirklichen“. Das sind ernste Worte, die Sie wohl würdigen sollten. Die Arbeiterschaft hat bei den Demonstrationen gezeigt, daß sie den entschlossenen Willen hat und Disziplin zu wahren weiß. Aber bedenken Sie, eines Tages kann dem Proletariat die Geduld reichen. Wenn sich der Verzicht auf diese Forderungen in einer für die Arbeiterschaft annehmbaren Form Widerstand entgegenzusetzen sollte: für alles, was dann kommt, tragen die die Verantwortung die solchen Widerstand im Hause leisten. (Lebh. Beifall v. d. LSP.) Wir werden nicht zögern, die Arbeiterschaft dann zum Kampfe aufzufassen. Die Arbeiterschaft wird dann auf dem Plan erscheinen und allem monarchistischen Spieß ein für allemal ein Ende machen.

Ich warne also vor allen Verschleppungs- und Verschleierungsverfahren. Genug jetzt! Der Toleranz gegen Monarchisten und Konterrevolutionäre, den gemeingefährlichen Feinden der Republik, muß ein Ziel gesetzt, es muß endlich ganze Arbeit gemacht werden.

Abänderung der Einkommensteuer.

Am Freitag wurde der von der Unabhängigen Fraktion bereits vor einem Vierteljahr eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes, im Steuerausschuß des Reichstags beraten. Das Zentrum wie auch die Demokraten hatten ebenfalls diesbezügliche Entwürfe eingebracht. — Genosse Solimann als Berichterstatter ging ausführlich auf die Notwendigkeit der Abänderung des Gesetzes infolge der Geldentwertung ein und betonte, daß seine Partei weitergehende Anträge stellen würde, da die im Entwurf beantragten Abänderungen durch die Inflation schon längst überholt seien. Der Vertreter der bayerischen Regierung wandte sich, zugleich im Namen der preussischen und sächsischen Regierung, gegen die Herabsetzung der Einkommensteuer und wies auf die erheblichen Fehlbeiträge im Haushalt der einzelnen Länder hin. — Genosse Hertr trat dem entgegen. Die Länder könnten durch andere steuerliche Maßnahmen ihre Finanzlage erheblich bessern; Preußen z. B. habe bis heute noch keine Grundsteuer erhoben. Der Tarifherabsetzung auch bei den hohen und höchsten Einkommen kann die LSP nicht zustimmen. Durch den Lohnrückgang entrichten die Lohn- und Gehaltsempfänger eine verhältnismäßig viel höhere Summe an Steuern als andere Steuerpflichtige, die erst viel später und mit bedeutend entwertetem Papiergeld zahlen. Die Regierung habe die Pflicht, demnachst einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ohne jedesmalige Gesetzesänderung eine Anpassung an die Geldentwertung sich ermöglichen läßt. — Den Anträgen unserer Genossen wird zugestimmt, soweit nicht weitergehende Anträge Anbahnung finden. Nachdem nun auch der Erbschaftsteuertarif seine Erledigung gefunden hat, sind sowohl die Zwangsanzleihe, Erbschafts- und Einkommensteuer in erster Lesung beendet. Die Gesetze sollen am Sonnabend, spätestens am Montag in zweiter Lesung im Ausschusse beraten und sollen noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags in der kommenden Woche im Plenum verabschiedet werden.

Die Schlichtungsverhandlungen im Berliner Buchdruckerstreik ergebnislos verlaufen.

Zur Beilegung des Buchdruckerstreiks hatte der Reichsarbeitsminister auf Sonnabend nachmittags einen Schlichtungsausschuß unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums einberufen, für den er als Beisitzer auf Wunsch der Parteien von ihnen benannte Vertreter ernannt hatte, und zwar drei Arbeitgebervertreter als Vertreter der privaten Buchdruckerbetriebe, einen Arbeitgebervertreter als Vertreter der dem Reichspostminister unterstehenden Reichsdruckerei und vier Arbeitnehmervertreter aus den beteiligten Verbänden. Nachdem diese Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses vom Vorsitzenden bekanntgegeben worden war, zog sich der Schlichtungsausschuß zunächst zu einer Besprechung zurück. Im Verlauf dieser Besprechung wurde von einem Vertreter der Arbeitgeberpartei erklärt, daß die Parteivertreter den Sitzungsraum verlassen hätten, da Parteivertreter der Arbeitnehmer nicht erschienen seien und deshalb eine Verhandlung nicht möglich sei. Die Arbeitnehmervertreter hatten bereits zu Anfang erklärt, daß sie Parteivertreter nicht zugezogen hätten, weil diese im Schlichtungsausschuß selbst sitzen und ein Vortrag der Sache durch Parteivertreter bei der Kenntnis der Schlichtungsausschuhmitglieder von der Angelegenheit nicht erforderlich sei. Die Arbeitgebervertreter im Schlichtungsausschuß erklärten nunmehr nach längeren Verhandlungen, daß sie an sachlichen Schlichtungsverhandlungen nicht teilnehmen würden, da ein Vertreter der Reichsdruckerei auf Arbeitgebersseite mitsäße und die Partei vor dem Schlichtungsausschuß nicht vertreten sei. Auch hielten sie das Schlichtungsverfahren nach dem Tarifvertrage nicht für zulässig. Alle Versuche des Vorsitzenden, unter Verlegung der Reichstagslage die Arbeitgebervertreter zum Eintritt in die sachlichen Verhandlungen zu bewegen, scheiterten. Diese verschieben vielmehr die Sitzung. Der Vertreter der Reichsdruckerei erklärte, daß er namens des Reichspostministers zur Einigung auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministers vom 7. Juli 1922 bereit sei.

Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beriet gestern bis in die späten Abendstunden über das Gesetz zum Schutz der Republik und berichtigte die erste Lesung. Zunächst wurde gestern die Bogen-debatte zu Ende geführt. Gen. Rosenfeld stellte fest, daß die provozierenden Erklärungen des bayerischen Bauernbündlers Beyerle den Anlaß zu dieser Bogendebatte gegeben haben. Seine Drohungen mit den schwersten inneren Verfassungskonflikten nötigen uns, in aller Entschiedenheit gegen die Versuche Bayerns, das Gesetz zu Fall zu bringen, Front zu machen. Mit vollem Recht muß von der Sabotage Bayerns gesprochen werden. Die Verfügung des bayerischen Innenministers, nach der bayerische Staatsanwaltschaften den Anordnungen des Oberreichsanwalts erst nachkommen dürfen, wenn sie vorher Instruktionen eingeholt haben, hindert die Durchführung der vom Reich gegen die Würdenträger in Aussicht genommenen Maßnahmen. Diese Verfügung muß unbedingt zurückgenommen werden. Ohne den Schutz der bayerischen Volkstribüne wären die Würdenträger nicht entkommen. Für die Münchener Polizeidirektion ist bezeichnet, daß sie eines Tages, als der damalige Reichsaußenminister Hermann Müller in Bayern einen Vortrag gehalten hätte, in Berlin wegen der Personalien Hermann Müllers Anfrage hielt. Sie erhielt die richtige Antwort: Die Verweisung auf das Reichshandbuch. Es könne keine Rede davon sein, wie der Vertreter Bayerns, Hamm, erklärt habe, daß das Reich für die Verhältnisse Bayerns Verständnis haben müsse, umgekehrt müsse Bayern endlich Verständnis haben für die Republik. — Die Anträge des Zentrums und der Demokraten, die Reichsgerichtsräte für den Staatsgerichtshof auf Vorschlag des Reichsgerichtspräsidenten und die Kaiserliche Justizverwaltung oder nach Anhörung des Reichsrats zu bestellen, sind für uns unannehmbar. Mit solchen Vorschlägen wird tatsächlich das Recht des Reichspräsidenten, die geeigneten Personen auszuwählen, illusorisch gemacht. Ein Staatsgerichtshof, dessen Zusammensetzung vom Reichsrat abhängt, wird niemals ein Schutzorgan für die Republik werden. Hinter unseren Forderungen stehen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen des Klassenbewußten Proletariats. Sie dürfen sich über diese Forderungen nicht hinwegsetzen. — Abg. Wiffel (Soz.): Nachdem von den Vertretern Bayerns die Frage der Gestalt des Staatsgerichtshofs auf das rein politische Gebiet hingeworfen ist, spricht sich für uns die Angelegenheit auf die Frage zu: Will Bayern Reichsrecht anwenden oder nicht? Für uns ist die Gestalt des Staatsgerichtshofs nach unseren Wünschen eine der wesentlichen Voraussetzungen unserer Zustimmung zu dem Gesetz. Das Element in diesem Gerichtshof muß verdrängt werden. Vorschläge zum Schutz der Republik können nur energisch angewendet werden von Personen, die innerlich fest überzeugte Anhänger der Republik sind. Diese Überzeugung können wir bei allen Berufsrichtern nicht voraussetzen. Der Ausschuß soll den Ernst der Situation nicht verkennen. — Vertreter Bayerns Treger: Die von den Sozialdemokraten angeforderte Verlegung des bayerischen Innenministers will eine Verögerung der Anordnungen des Oberreichsanwalts nicht herbeiführen. Die bayerische Polizei ist nicht schuld daran, daß die Würdenträger nicht ergriffen worden sind. Durch einen Pressebericht sind die Würdenträger gewarnt worden. Wir wenden uns dagegen, daß Bayern die letzter Rechte, die ihm nach der Verfassung noch geblieben sind, nach und nach genommen werden. Der Reichsrat muß mitsprechen. Ich selbst war Mitglied des hier beschämigen Ausschusses des Reichsrats (Zuruf links: Na also!) Wir haben objektiv geurteilt. (Heiterkeit bei den Soz.)

Justizminister Rodbruch: Der Erlaß des bayerischen Innenministers geht zu weit. Er ist mit der Rechtslage nicht vereinbar. Mit dem Vorschlag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, den Staatsgerichtshof aus dem Rahmen des Reichsgerichts zu ziehen, bin ich nicht einverstanden. Der Staatsgerichtshof soll nicht zum Revolutionsgerichtshof werden, der Rechtsprechung soll, sondern eine wirkliche Rechtsinstanz. Nur dann hat er die nötige Autorität. Alle Rechtsinstanzen sollen in dem Gerichtshof vertreten sein. Wenn die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragen, statt des Oberreichsanwalts einen besonderen Reichskommissar mit der Durchführung des Gesetzes zu betrauen, so muß ich sagen: wir haben einen Oberreichsanwalt, der das volle Vertrauen genießt. Wenn ich einen Reichskommissar bestellen sollte, ich wüßte keinen anderen vorzuschlagen als den Oberreichsanwalt. Wir wollen uns weder nach rechts noch nach links drängen lassen. — Abg. Kahl (DBP.) will, statt einen besonderen Staatsgerichtshof einzusetzen, die Entscheidung der in Frage stehenden Straftaten einem Senat des Reichsgerichts überlassen. Das Reichsgericht verdient das absolute Vertrauen des Volkes. Ich bin kein Gefinnungsrepublikaner, aber ich stehe fest auf dem Boden der Verfassung und würde sie, wenn es notwendig wäre, mit meinem Leben verteidigen. Ich würde mich als Richter nicht davon beeinflussen lassen, daß ich mir denke, die Monarchie wäre die ideale und die für uns passende Verfassung. Volksovertreter dürfen nicht in dem Gerichtshof sitzen, sonst würde unser Vertrauen zu dem Gerichtshof sofort erschüttert sein. — Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Ich bedauere, daß der Vertreter Bayerns die Verlegung des bayerischen Ministers noch verteidigt hat. Es ist gut, daß sie ans Tageslicht gekommen ist. (Zwischenruf Treger: Sie war kein Geheimtatsache!) — Weis: Wo ist die Publizität? — Heiterkeit links.) Auch wir erheben entschieden Protest gegen einen solchen gefehldrigen Erlaß.

Justizminister Rodbruch: Auch ich war zunächst der Meinung, daß kein Parlamentarier in dem Gerichtshof sitzen soll, aber zu Mitgliedern des Gerichts müssen Personen gemacht werden, die prominent und in ihrer Weltanschauung gekennzeichnet sind. Wenn es solche Persönlichkeiten außerhalb des Parlaments gäbe, würde ich sie bevorzugt haben. Wenn der Reichsrat einfluß erhält auf die Zusammenlegung des Gerichtshofs, so ist damit die Schicksalsfrage dieses Gesetzes gestellt. — Abg. Marg (Ztr.): Das Reichsgericht ist bisher noch von keiner ernst zu nehmenden Seite in seiner Unparteilichkeit angegriffen worden. Trotzdem ist in der heutigen Situation nicht möglich, dem Reichsgericht die Anwendung des Gesetzes zum Schutz der Republik zu übertragen. Der Gedanke, den Gerichtshof nach Berlin zu bringen, ist unmöglich auszudenken. — Abg. Kahl (DBP.): Wir haben hier Druck genug. — Abg. Döringer (Dtn.): Wir haben Beforgnis vor der Erregtheit des Volkes, infolge der Verbreden, die geschehen sind, aber auch wegen der Wirkung dieses Gesetzes auf Bayern. Wir wären keine verantwortlichen Politiker, wenn wir diese Beforgnisse nicht in Betracht ziehen würden. Wir wünschen einen objektiven Gerichtshof, deshalb lehnen wir Volksovertreter als Mitglieder ab. Dem Reichsrat muß eine Mitwirkung bei der Zusammenlegung des Gerichtshofs gewährt werden. — Genosse Levi: Die bayerische Regierung hat den Nordgesellen Unterschlupf gewährt. (Zuruf Treger: Wir haben noch Freizügigkeit in Deutschland!) Den Kommunisten haben Sie sie nicht gewährt. Der bayerische Gefahrenherd muß beseitigt werden. Es ist mir unverständlich, wie der Minister sich mit solchem Pathos gegen die Auffassung wenden konnte, daß man ein Revolutionsgericht schaffen wolle. Man braucht nicht zu schwärmen für ein Gericht, in dem die Götter dürfen. Aber es steht Weltanschauung gegen Weltanschauung, und in solchen Kämpfen zerbrechen auch die überkommenen Formen nicht nur des Rechts, sondern auch der Gerichte. Je weiter das zu schaffende Gericht vom Reichsgericht entfernt ist, um so besser für es, denn weite Kreise des Volkes haben eben kein Vertrauen mehr zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Abg. Schäding (Dem.): Der bayerische Erlaß berührt uns auf das schmerzhafteste. Er bedeutet die Revolution von oben. Wir haben Rechtsverletzungen genug gehabt. Von einem Ausnahmegericht kann hier keine Rede sein, da für gewisse Kategorien von Rechtsfällen, nicht für einzelne Fälle ein neuer Gerichtshof konstruiert wird. Der Reichsrat muß wenigstens angehört werden, wenn es sich um Zusammenlegung des Gerichtshofs handelt. — Abg. Bell (Ztr.): Durch

Treu deutscher Handschlag.

Die Verpflichtung zum Mord. — Ludendorff und Escherich bloßgestellt. Neue Verhaftungen.

Die Erklärung des Justizministers sind wir vor eine ernste Situation gestellt. Die Verantwortung überlassen wir dem Justizministerium. In dieser Zwangslage können wir es aber nicht verantworten, das Gesetz scheitern zu lassen. Andererseits legen wir auf die Wünsche der Länder so großen Wert, daß wir an den Justizminister die Frage richten, wie denn die Auswahl der Richter vorgenommen werden soll, wenn der Reichsrat und das Reichsgericht vorher nicht gehört werden. — Reichsjustizminister Rabenrich: Es ist selbstverständlich, daß in einer Frage, die das Reichsgericht so sehr angeht, wie die Auswahl von Reichsgerichtsräten für den Staatsgerichtshof, der Reichsgerichtspräsident vorher gehört wird. Auch die einzelnen Länder werden wir berücksichtigen, da wir den Wunsch haben, Männer aus allen Landesteilen an den Gerichtshof zu entsenden. — Abg. Warmuth (Dtn.): Das Mißtrauen gegen die Richter ist unbedeutend. Wenn der Richter sich auf den Richterstuhl setzt, befreit er sich von allen politischen Auffassungen. Die Kritik an der Justiz richtet sich meist gegen Urteile der Schwurgerichte, wie z. B. jetzt gegen die Freisprechung Killingers in Offenburg. — Genosse Rosenfeld: Herr Warmuth scheint die Richter wenig zu kennen, sonst würde er nicht behaupten, daß sie beim Betreten des Gerichtssaals mit ihrem Mantel auch ihre politische Auffassung in der Garderobe abgeben. Kein Mensch und auch kein Richter kann sich von seiner politischen Überzeugung ganz frei machen. Die Kritik an der Justiz richtet sich nicht gegen die Schwurgerichtsurteile, sondern meistens gegen die Urteile der Strafammer. Wer von dem Staatsgerichtshof als einem Revolutionsgerichtshof redet, der weiß nicht, was ein Revolutionsgericht ist. Hier wird nur gefordert, daß nur Republikaner, welcher Richtung es auch sei, Mitglieder des Gerichtshofes werden dürfen, und zwar nicht Bernunftrepublikaner, aus denen die Bernunft bald Bernunftmonarchisten machen könnte, sondern Herzenrepublikaner. Wir fordern, daß der Gerichtshof nur aus einem Richter und sechs Laien besteht. — Abg. Stresemann (D.B.P.): Die Forderung der Laien beachte ich als Stimmungsdomäne. Man muß sich aber fragen, wie weit man mit Konzeptionen gehen muß, um etwas Schlimmes zu vermeiden. Insofern sind auch die bayerischen Stimmungsdomäne von Wichtigkeit. Es muß ein Ausgleich zwischen Zentralismus und berechtigtem Föderalismus gefunden werden. — Abg. Bell (Str.): erklärt für seine Fraktion: Wir legen das größte Gewicht darauf, die Rechte des Reichsrats bei der Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu schützen. Nach den Erklärungen der Regierung ziehen wir unsere Vorschläge zurück.

Schwarzweißrote Farben.

Genosse Levi begründet einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf Befreiung des Tragens der schwarzweißroten Farben. Abg. Rahl (D.B.P.) erklärt den Antrag für unannehmbar. — Der Antrag wird abgelehnt.

Gesetzanwendung gegen links.

Genosse Rosenfeld begründet einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, durch den die Anwendung des Gesetzes gegen links aus geschlossen werden soll. Nach diesem Antrag soll die republikanische Staatsform nur als Inbegriff derjenigen Verfassungsbestimmungen gefaßt werden, in denen der republikanische Staatsgedanke in seinem Unterschied von der früheren Staatsform Ausdruck findet. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Justizminister ihn als überflüssig bezeichnet hat.

Zusammenfassung des Staatsgerichtshofs.

Bei der Abstimmung über die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofs werden die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, das Gericht aus einem Reichsgerichtsrat und sechs Laien, bzw. zwei Reichsgerichtsräten und fünf Laien zusammenzusetzen, abgelehnt. — Der Antrag auf Befreiung des Reichsrats bei der Auswahl der Laien wird abgelehnt, dagegen wird der Antrag, nach dem der Reichspräsident nur nach Vorschlägen des Reichsgerichtspräsidenten die Reichsgerichtsräte auszuwählen dürfe, mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nach dieser Abstimmung entspannt sich noch eine lebhafte Debatte über die Bedeutung dieses Beschlusses. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien behaupten, daß der Reichspräsident doch noch frei sei in der Auswahl der Richter, während Genosse Rosenfeld und Abg. Hoffmann-Kaiserlautern (Sog.) feststellen, daß die Wirkung der Annahme dieses Antrags die ist, daß tatsächlich nicht der Reichspräsident, sondern der Reichsgerichtspräsident die Reichsgerichtsräte ernannt.

Der Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nicht dem Oberreichsanwalt, sondern einem besonderen Reichskommissar die Vorbereitung der Anklage zu übertragen, wird, da die Deutschnationalen den Saal verlassen haben, angenommen. Der Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, den Staatsgerichtshof nach Berlin zu verlegen, wird abgelehnt.

Veranstaltungsoerbote.

Nach der Regierungsvorlage sollen nur die Landesregierungen, aber nicht die Reichsregierung das Recht haben, gegen das Schutzgesetz verstoßende Veranstaltungen, Aufzüge und Kundgebungen zu verbieten. Genosse Rosenfeld begründete den Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, nach dem auch die Reichsregierung das Recht zu solchen Verböten haben soll. Der Antrag wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es bleibt bei der Regierungsvorlage.

Ausweisung der Landesherren.

Die Regierungsvorlage sieht eine Ausweisung der Mitglieder früherer landesherrlicher Familien vor, wenn sie wegen Vergehens gegen das Schutzgesetz verurteilt sind. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien enträtten sich über diese Ausweisungsbefugnis, die Regierungsvorlage wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es wird nur eine Bestimmung angenommen, nach der Mitglieder solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in Deutschland regiert hat, das Betreten des Reichsgebietes unterliegt oder ihr Aufenthalt in Deutschland auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches beschränkt werden. Erst im Falle der Zuwiderhandlung soll eine Ausweisung aus dem Reichsgebiet möglich sein. — Frau Pfälz (Sog.) begründet den Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nach dem Mitgliedern der entronnenen landesherrlichen Familien das Recht genommen wird, als Reichspräsidenten, Staatspräsidenten oder als Mitglieder einer Regierung gewählt oder bestellt zu werden oder in die Reichsversammlung einzutreten. — Der Antrag wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Dauer des Gesetzes.

Es verbleibt bei der fünfjährigen Dauer des Gesetzes. — Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite Lesung erfolgt heute, Sonntag, falls die Vorlagen gedruckt werden können.

Ohne der unabhängigen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, möchten wir doch aussprechen, daß es uns sehr fraglich erscheint, ob die Fraktion dem Gesetz in der Fassung der ersten Lesung ihre Zustimmung wird geben können. Aus dem „Schuß“ scheint uns ein „Trug“ der Republik geworden zu sein.

Vor einem Moratorium?

Paris, 8. Juli. Die Blätter beschäftigen sich weiterhin mit den in Berlin und anderswo umlaufenden Gerüchten über ein bevorstehendes Moratoriumsgebet Deutschlands. Nach einer Version beschließt Deutschland, die Suspension aller in den Jahren 1923 und 1924 fälligen Verzinsungen zu verlangen und dafür die Sachleistungen von 1.450.000.000 Goldmark auf 2 Milliarden Goldmark in jedem der beiden Jahre zu erhöhen. Der „Temps“ teilt hierzu mit, daß der Reparationskommission auch heute noch nichts von solchen Absichten Deutschlands bekannt sei.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ verbreiten über den Anschlag auf den Schriftsteller Maximilian Harden Angaben, die in das Treiben der deutschösterreichischen Mordorganisation grell hineinleuchten. Nach der Festnahme des einen Täters, des landwirtschaftlichen Beamten Herbert Weichardt in Oldenburg, und der Feststellung des zweiten, noch flüchtigen Täters, des ehemaligen Leutnants Walter Ankermann in Oldenburg, fand man in den Wohnungen der Beiden Stücke eines zerrissenen Telegramms, das, zusammengeheftet und entziffert, auf einen gewissen Albert Wilhelm Grenz in Oldenburg als Anstifter des Anschlags hindeutete. Grenz und seine Frau wurden verhaftet. Nach anfänglichem Leugnen gestand Grenz angesichts des ihm vorgelegten Telegramms seine Beteiligung bei dem Anschlag auf Harden an.

Grenz vertritt antisemitische Schriften und ist Leiter und Vorsitzender der deutschösterreichischen Organisation in Ostfriesland, ebenso Vorsitzender des Deutschen Treubundes. In seiner Behausung wurden eine Menge von Radphotographien der männlichen und weiblichen Mitglieder des Treubundes gefunden und ferner eine Liste aller deutschösterreichischen Anhänger, die zu Taten bereit wären, sowie eine Liste der in Ostfriesland wohnenden Juden.

Wie Grenz angab, erhielt er Anfangs März d. J. einen Brief aus München, der mit der Schreibmaschine geschrieben war und die Aufforderung an ihn enthielt, zwei junge tatendurstige Männer zu suchen, „die bereit sind, für ihr Vaterland alles zu tun. Ihre Sicherstellung würde erfolgen. Antwort umgehend unter A. W. G. 500, Hauptpostamt München“. Unterzeichnet war der Brief nicht, sondern wies nur einen fünfjährigen Jense-Stern auf.

Grenz trat an Weichardt heran, der sich sofort zur Tat bereit erklärte und kurz darauf mit Ankermann bei Grenz erschien. Runmehr schrieb Grenz an die angegebene Adresse nach München, er habe zwei brave deutsche Männer gefunden. Schon wenige Tage darauf kam aus München ein brieflicher Dank für Grenz und für die beiden Männer. Und die weitere Mitteilung, sofort nach Frankfurt a. M. zu fahren, wo unter A. W. G. 500 Hauptpostamt weitere Nachrichten für Grenz liege.

Diesem Verlangen kam Grenz nach, und bei seinem Eintreffen in Frankfurt a. M. lag dort ein Brief, in dem es heißt, daß zur Ausführung der Tat eine Summe beflüge,

die entsprechend zu verteilen sei. Auch solle Grenz die beiden Beute für militärisch verpflichten. Nach der Tat würde den beiden eine weitere Summe bezahlet werden, die die anliegende (es waren 23 000 oder 25 000 M.) erheblich übersteige. „Außerdem wird beiden Leuten, wenn sie Wert darauf legen, durch Vermittlung Ankermann in bayerischen Staatsdienst in Aussicht gestellt.“ Ein beigefügter Zettel in Maschinenschrift enthielt nur die Worte Maximilian Harden. Ein weiterer Zettel gab folgende Verhaltensregeln: „Keine Briefe und keine Telegramme senden, tunlichst Auto benutzen, nicht viel reden, alles auf die Sache Bezügliche vermeiden, nach der Tat nach verschiedenen Himmelsrichtungen auseinandergehen.“ Grenz fuhr nunmehr nach Oldenburg zurück und benachrichtigte die beiden in Aussicht genommenen Täter. Er verpflichtete sie in seiner Wohnung durch Handschlag förmlich und machte sie darauf aufmerksam, daß den Verträder die gleiche Strafe treffen würde, die Maximilian Harden zugesprochen sei. Man schüttelte sich die Hand und wußte, was geschehen sollte. Ankermann erhielt 10 000 M., Weichardt 7000 bis 8000 M. Die beiden letzteren reisten ab, führten aber nicht, wie verabredet, nach Ende März oder Anfang April die Tat aus, trieben sich vielmehr zunächst in Berlin herum, besuchten Bars und schrieben erst nach der Ermordung Rathenaus an Grenz, daß

troß der ungünstigen Konjunktur das Geschäft binnen kurzem perfekt gemacht werden würde.

Man rechne dann auch auf prompte Innehaltung der von der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen.

Ueber die Spuren, die nach München führen, hat sich etwas Genaueres bis jetzt noch nicht feststellen lassen.

Onkel Ludwig und Onkel Emil.

Auch über die Kreise, aus denen die Mörder Rathenaus stammen, hat die Kriminalpolizei weitere Feststellungen machen können. Bei dem Studenten Günther, der als Anstifter und Mitäter des Rathenau-Mordes festgenommen ist, wurden zwei verschlossene Briefe gefunden, die Günther, der flüchtig als Kurier zwischen Berlin und München hin- und herfuhr, offenbar in München hatte abgeben sollen, aber aus irgendwelchen Gründen nicht abgegeben, sondern bei sich behalten hat. Der eine Brief stammt vom Grafen Ernst zu Reventlow, dem früheren Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ und jetzigen Herausgeber des „Reichswarits“. Der Brief ist gerichtet an einen Dr. von Scheuber-Richter in München, Georgenstr. 42, der dort einen Wirtschaftsverband „Kuffau“ leitet. Dieser soll angeblich eine rein wirtschaftliche Organisation für die deutsch-russische Annäherung sein, ist aber nach den Feststellungen der Polizei nichts anderes als die Verbindungsstelle zwischen den deutschen und russischen Monarchisten extremer Richtung. Der Brief lautet:

Potsdam, den 13. April 1922.

Große Weinmeisterstr. 62.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Wollen Sie bitte dem General sagen, ich hätte seine vorzeitige Abreise außerordentlich bedauert. Ich wachte jetzt hier in Potsdam, bin aber von Ostern ab jeden Tag im Bureau des „Reichswarits“, Dessauer Str. 6. Die Sache halte ich, schon um der Verbindung willen, für sehr wichtig. Ich wiederhole aber die Bitte: rechtzeitige Nachricht!

Mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener Reventlow.

Der General, von dem hier die Rede ist, ist natürlich General Ludendorff, der im obigen Briefwechsel der Deutsch-Russischen Verbindung als Onkel L. oder Onkel Ludwig bezeichnet wird. Neben ihm spielt in diesem Briefwechsel Onkel Emil eine Hauptrolle, mit welchem Namen Forststr. Escherich gemeint ist. Der Kongress, von dem die Rede ist, ist entweder der russische Monarchistenkongress in Bad Reichenhall oder eine ähnliche Monarchistenversammlung. Wer mit Herr von S. gemeint ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Der zweite Brief rührt von einem gewissen Peterjen, einem Ritterkammerherrn Reventlows am „Reichswarits“ her und ist gerichtet an den Sanitätsrat Dr. Dikinger in München, den Nachfolger Escherichs in der Leitung seiner bewaffneten Organisationen. Der Brief lautet:

Potsdam, den 13. April 1922.

Gr. Weinmeisterstr. 62.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Endlich habe ich eine Gelegenheit, Ihnen zu schreiben und zunächst meiner Freude über Ihre Wiedergenehung Ausdruck zu geben. Sonst bin ich seit vielen Wochen über die dortigen Vorgänge und Verhältnisse leider sehr wenig unterrichtet und richte hiermit die Bitte an Sie, die Lücken meines Wissens wieder wie früher auf irgendwelche Weise auszufüllen. Wie ich höre, ist Herr Sonntag nach Berlin zurückgekehrt. Ich halte das aus verschiedenen Gründen für gut, obgleich infolgedessen bis jetzt eine Nachrichtenverbindung für mich und andere beinahe vollkommen aufgehört hat. Ich bin jetzt nach Potsdam gezogen, fahre aber von nächster Woche an jeden Tag nach Berlin, Dessauer Straße 6, wo ich über Wulle bis auf weiteres jedenfalls das Bureau des „Reichswarits“ habe. Das Beste wäre, wenn Sie oder Ihr Geschäftsfreund einmal wieder herkämen. Hier werden über die dortigen Verhältnisse unendliche Klatschgeschichten verbreitet. Bald wird dieses geglaubt, bald jenes. Das Neueste ist:

E. sei mit Moskau in direkte Verbindung getreten.

Das würde ich für sehr töricht halten und für sehr gefährlich, denn die Wahrscheinlichkeit besteht im höchsten Grade, daß er von jenen Leuten nach allen Regeln der Kunst über Ohr gehauen wird. Ich kenne auch den Unterhändler und würde größten Wert darauf legen, daß E. sich vielleicht mit mir in Verbindung setze. Ich könnte ihm verschiedenes Wichtiges erzählen und vor gefährlichen Fallstricken zum Nutzen der gesamten Sache bewahren. Ist es möglich, so handeln Sie schnell, ehe Unheil entstanden ist. Ein anderes hiesiges Gerücht behauptet, E. hätte sich Onkel Emil zur Verfügung gestellt. Schließlich würde ich für unbedingt nötig halten, daß Sie und ich einmal über Herrn v. S. sprechen. Bis jetzt wird er hier vielfach als ganz unendlich angesehen, aber es ist mir mehr als zweifelhaft, ob sich diese bequeme Methode wird durchführen lassen. Mit Neigungen und Abneigungen kann keine Politik machen, höchstens eine sehr able. Wir wird es vorläufig wahrscheinlich nicht möglich sein, zu Ihnen zu kommen. ... Auch die russischen Geschäftsfreunde machen mirummer und einige Sorgen, die ich in einem kurzen Brief nicht erledigen kann, teils auch im Zusammenhang mit Herrn von S. Kurz, alles dieses verlangt eine recht baldige mündliche Aussprache zwischen Ihnen und mir und noch einem anderen Herrn. Im übrigen macht mir der hiesige Kreis schon seiner Größe halber einige Sorge.“ Folgen die üblichen Schlusswendungen.

E., von dem in diesem Brief mehrfach die Rede ist, ist Kapitänleutnant Ehrhardt. Der Brief zeigt, daß

Ehrhardt mit Reventlow und Wulle

in dauerndem Zusammenhang über München hinweggestanden hat. Die Bedeutung des Briefes, daß Ehrhardt versucht hat, mit der Reichsregierung in Moskau in Beziehung zu treten, ist durch die Nachforschungen der Polizei bestätigt worden.

Außer diesen Briefen fand sich bei dem Studenten Günther ein Zettel über seinen Besuch bei Herrn von Jagow in der Festung Gollnow und die daran anschließende Reise nach München. In München hat sich Günther zu einem gewissen Hemeter begeben, der als Nachfolger des bekannten Herrn von Klinger die militärische Abteilung C geleitet hat. Günther hat ihm die Frage vorgelegt, ob in München ein Versuch zur Wiederaufnahme des Jagow-Prozesses gern gesehen würde. Hemeter hat darauf erwidert:

eine neue Verhandlung des Jagow-Prozesses wäre in München unerwünscht.

denz man sei in Bayern auf die „Helden“ des Rapp-Vulfsches schlecht zu sprechen, weil sie verurteilt hätten, Bayern einen ganz unreifen Menschen als Minister auszubringen. Außerdem würde durch eine neue Verhandlung des Jagow-Prozesses Onkel Ludwig vollends kompromittiert werden. Günther hat sich dann an Onkel Ludwig (Ludendorff) gewandt und auch ihn um seine Meinung gefragt. Günther kannte Hemeter ebenso wie Ludendorff aus der Nationalen Verbindung, der bekannten Vorbereiter des Rapp-Vulfsches.

Ludendorff erwiderte — nach Günthers Aufzeichnungen —, er könne sich zu der Frage nicht äußern, er müsse erst mit Traub sprechen, der erst Ende der Woche nach München zurückkehre.

Endlich hat die Polizei zur Aufdeckung dieser Geheimorganisations einige wichtige Zeugen ermittelt. Durch einen dieser Zeugen wurde festgestellt, daß eine

wichtigere Zentrale der Organisation C ihren Sitz in Eberfeld

hat. Ihr dortiger Leiter ist ein ehemaliger Offizier, der ebenfalls Günther heißt. Von dort werden Leute, die für die deutschösterreichischen Anschläge geeignet erscheinen, mit einem Ausweis versehen und nach München geschickt, wo sie sich nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter 31316 bei Wüldner, Franz-Josephstraße 3, melden müssen.

Ein weiteres, früher in wichtigen Stellungen verwendetes Mitglied der Organisation C hat ausgesagt, daß die Arbeit dieser Organisation in engstem Einvernehmen mit Oberamtmann Fricke und Kriminalkommissar Glaser in München vor sich gehe. Der Mann, um den es sich hier handelt, und der Anschlag hatte, nicht in nahe Beziehung mit der Polizei oder den Gerichten zu kommen, ist in München gewesen, solange Polizeipräsident Pöhner im Amte war. Nach dessen Abschied wurde er gebeten, München zu verlassen, da seine absolute Sicherheit mehr gegeben sei.

Die genannten Briefe und Feststellungen haben der Reichsanwaltschaft Anlaß gegeben, den aufgedeckten Spuren sorgfältig nachzugehen. Es haben daher Sonnabend zwischen 7 Uhr und 7,30 Uhr morgens

umfangreiche Hausdurchsuchungen und Festnahmen in Berlin, Eberfeld und München

stattgefunden. Nach München hat sich ein Vertreter des Oberreichsanwalts mit 13 Kriminalbeamten begeben. Obwohl die Hoffnung gering ist, auf diese Weise wesentliches Material zu finden, weil angenommen ist, daß die meisten Mitverächorenen den Verhaltensvorschriften, alle Briefe und Telegramme zu vernichten, nachgekommen sind, soll doch das Möglichste versucht werden, um weitere Aufklärung herbeizuführen.

Ueber den Charakter der aufgedeckten Beziehungen kann kein Zweifel bestehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die bei Günther aufgefundenen Briefe genau dieselbe geschäftsmäßige Deckform tragen wie der Briefwechsel zwischen Grenz und Ankermann. Ueberaus bezeichnend ist auch die Wendung, daß der Berliner Kreis wegen seiner Größe Sorge mache. Aus dieser Wendung geht deutlich hervor, daß man nicht an politische Propaganda gedacht, sondern eine richtige Verschwörerzucht ausgeübt hat.

Zur Anferkung des Mordes an Rathenau wird mitgeteilt, daß der größte Teil der von der Abteilung Ia Verhafteten gestern, Sonnabend, dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden. Neue Verhaftete wurden aus mehreren Provinzstädten auch gestern wieder nach Berlin gebracht. Abgeschlossen und geordnet ist erst ein Teil der Akten. Neue Eingänge machen noch immer wieder erneute Ermittlungen notwendig. Die Untersuchung zieht immer noch weitere Kreise. Von Ankermann, der wegen des Anschlags auf Harden immer noch vergeblich gesucht wird, hat sich die Abteilung Ia jetzt auch ein Lichtbild verschafft. Es wird ebenso wie die Bilder von Fischer und Kern an den Anschlagläufern erscheinen und zur Unterstützung der Verhandlungen in Tausenden von Exemplaren in der Provinz und im Reich verbreitet werden.

Ernst Däumigs letzter Weg.

Auf der Straße leuchtet über dem Großstadtlärm Abendsonne. Im Krematorium Gerichstraße Dämmerlicht und friedliche Ruhe. Angehörige, Freunde und Parteigenossen eines proletarischen Kämpfers, Wahrheitsuchers und Sozialisten haben sich eingefunden, um nach einer schlichten Feier die sterblichen Reste unseres Genossen Ernst Däumig der Flamme zu übergeben. Nach Orgelspiel tönte das unendlich schöne und schwermütige Proletaried: „Ein Sohn des Volkes will er sein und bleiben“, vorgetragen von Arbeiterängern des Vereins „Amenlos“ durch die Halle. An den Sarg trat unser Parteivorstand Genosse Crispian. Er schilderte das wechselvolle Leben des Verstorbenen, dem der Sozialismus nicht nur eine politische Idee, sondern eine Religion und ein Glaubensbekenntnis war. Im Namen unserer Partei überbrachte er unsern toten Ernst Däumig die letzten Grüße. Gedächtnisreden sprachen dann noch für die Reichstagsfraktion der USP. Genosse Paul Levy, für die Freireligiöse Gemeinde Genosse Adolf Hoffmann, für die KPD. Richard Müller und Emil Eichhorn. Nach den Ansprachen intonierten die Arbeiterfraktion das kraftvolle und für alle Freiheitskämpfer symbolische Lied: „Ford Folson.“ Bei klagendem Gesang einer Frauen-Vokalstimme, begleitet von verhallendem Orgelklang senkte sich der Sarg. Eine große rote Fahne neigte sich, der tote Körper Ernst Däumigs wurde der Flamme übergeben und verfiel in Asche. Sein Geist, sein Wirken wird bestehen bleiben, solange es proletarische Kämpfer geben wird und darüber hinaus, wenn einst die Sonne die befreite sozialistische Welt grüßt.

Republikanische Straßennamen.

Der „Vorwärts“ lehnt sich in der gestrigen Abendausgabe für die Umbenennung der Berliner Straßen- und Plätzebezeichnung ein. Er schlägt vor, den Lustgarten in „Platz der Republik“, und den Königsplatz am Reichstag in „Platz des Deutschen Volkes“ umzu-taufen. Trotzdem die Stadterordnungsverammlung leghin durch das standhafte Verhalten des Zentrums und der Demokraten die Entfernung der Hindenburg- und Ludendorffbilder abgelehnt hat, ist die Umbenennung der alten monarchistischen Straßennamen un-aussprechbar. Eine Republik, die nicht die einfachste Selbstachtung zu zeigen weiß, wäre unheilbar. Der „Vorwärts“ wird uns da an seiner Seite finden. Wir können aber nicht umhin, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der Vizepräsident Richter bisher die Durchführung lange vorliegender Beschlüsse einzelner Besirke labatieri hat. Es liegt doch nur am Berliner Polizeipräsidenten, daß Neuland z. B. nicht längst seine Bebelallee hat. Wie war's also, wenn man zunächst mal bei den republikanischen Beamten der SPD etwas Dampf machen würde. Wird erst mal irgendwo der Anfang gemacht, und das Eis gebrochen, dann wird's woanders auch gehen. In Hörde hat man, wie die „Aie Fahne“ meldet, einen guten Anfang gemacht. Dort hat man mit einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit folgende Benennungen gewählt: Marxstraße, Bebelstraße, Rosa-Luxemburgstraße, Liebknechtstraße, Garibaldistraße und die Villenstraße der Bourgeoisie taufte man Mar-Holz-Straße. Bemerkenswert ist, daß auch zwei Demokraten diesen Umbenennungen zustimmten. Es geht also dort. Immerhin, mit der Benennung Mar-Holz-Straße wird man dem beachtlichen Zweck mehr schaden. Mar-Holz mag persönlich oder Götzen wert sein. Seine Methode ist nicht die des wirklich Klassenbewußten sozialistischen Proletariats, und wir haben alle Veranlassung, jede Verwechselung unserer Auffassung mit seinen Kampfmitteln zu vermeiden.

Hamburger Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Notiz: Der Hamburger Senat hat wohl als erste Landesbehörde eine Verordnung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes bekanntgegeben. Sie datiert bereits vom 31. Mai und ist in Nr. 64 des hamburger Gesetz- und Verordnungsblattes abgedruckt. Danach gilt für das hamburger Stadtgebiet ein Zuschlag von 500 Proz.

zur Grundmiete. Diese 500 Proz. dienen aber lediglich zur Abgeltung der Betriebskosten und der Kosten für die laufende Instandhaltung. Die Kosten für die großen Instandhaltungsarbeiten werden im Einzelfall auf Anrufen des Vermieters vom Mieteeinigungsamt (in Hamburg heißt es nicht „Mieteeinigungsamt“) festgesetzt. Diese 500 Proz. gehen aber nach mehr aus als es wirklich der Fall ist, denn sie sind kein Zuschlag zur Friedensmiete, sondern zur sogenannten Grundmiete. Diese Grundmiete wird nach der gleichen Verordnung in der Regel durch einen Abzug von 40 Proz. von der Friedensmiete ermittelt, sofern nicht in der Friedensmiete die Vergütung für besondere Nebenleistungen enthalten war und deshalb ein höherer Abzug (im Höchstfall bis zu 87 Proz.) begründet ist. Nimmt man den Normalausfall eines Abzuges von 40 Proz., so ergibt sich bei einer Friedensmiete von 100 eine Grundmiete von 60, also unter Zurechnung der Steigerung von 500 Proz. ein Plus von 5 x 60 = 300 M., mithin eine gesetzliche Miete von 360 M., d. h. eine Steigerung gegenüber der Friedensmiete von 260 Proz. ausschließlich der großen Reparaturen.“

Diese Angaben sind auch für unsere Leser von Interesse, da sie einen Schluß auf die wahrscheinliche Höhe der Miete ab Oktober zulassen. Für Berlin stehen bekanntlich alle Unterlagen für die Berechnung noch aus.

Elektrizitätspreis.

Der Magistrat gibt bekannt: Die Gemeindebehörden haben im Versorgungsgebiet sämtlicher Elektrizitätswerke der neuen Stadtgemeinde Berlin, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Lichterberger, Neuländner, Copenicker, Steglitzer, Spandauer, Zehlendorfer, Lichterfelder, Pantower, Weißenseer, Friedenauer und Tegeler Elektrizitätswerke die Tarife für die Abgabe elektrischer Kraft wie folgt festgelegt:

- 1. Einheitspreis für Wohnungen, Werkstätten und Hausbeleuchtung (Treppen, Keller usw.): Strompreis 5 M. für die Kilowattstunde.
2. Pauschalpreis: Leistung in Watt: 60 80 100 140 200 250 300 Jahresgebühr: 300 402 501 702 1002 1251 1500
3. Besonderer Abtarif: 9 M. für 1 Kilowattstunde.
4. Besonderer Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke: 5 M. je Kilowattstunde.

Diese erhöhten Gebühren und Preise gelangen von der auf diesen Beschluß folgenden Zählerabmessung zur Verrechnung. Der Wasserpreis ist auf 3,50 M. festgesetzt und tritt sofort in Kraft.

Jahrespreismäßigung für Kriegesbeschädigte. Auf der Eisenbahn erhalten Kriegesbeschädigte auf Einzeleisenkarten unter bestimmten Voraussetzungen Jahrespreismäßigung (halber Fahrpreis). Diese Ermäßigung ist jetzt, nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Berlin, auch auf andere Fahrarten ausgedehnt worden, u. a. auf die Sonntagsrillfabrikarten 4. Klasse, mit denen die Kriegesbeschädigten in der 3. Klasse reisen dürfen.

Der Bezirksparlament der Provinz Brandenburg beschloß durch seine Delegierten entsprechend der jetzigen politischen Situation, den Mindestbeitrag der Frauen pro Monat auf 5 Mark, der Männer für die Provinz auf 10 Mark, für die Stadtgemeinde Berlin und größere Industriorte der Provinz für Männer auf 15 Mark pro Monat festzusetzen.

Parteilosen und Genossinnen! Wir ermahnen unter den gegebenen ersten Verhältnissen, daß jedes Mitglied nach Kräften gewillt ist, höhere Beiträge zu entrichten. Stützt den Kampffonds, schafft die Mittel herbei, die zur Führung des Kampfes durchaus notwendig sind.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Durch den Umzug des Verlags und des Redaktions-Sekretariats der „Freiheit“ ist die Telephonzentrale eingezogen. Demzufolge sind für den Bezirksverband jetzt folgende Telephonnummern zu benutzen: Richardstraße: Zentrum 15234, Wobli Holz: Zentrum 15231, Hermann Müller: Zentrum 15238, Richard Herbig: Zentrum 15235, Genossin Seger: Zentrum 15237.

„Schamloses Frauengemisch!“ sagte er verächtlich. „Und du bist alter Dummkopf,“ erwiderte sie radebrechend und lachte. Auch Ossip mußte lachen und drohte ihr mit dem Finger. Wir gingen nach ihrer Koje, wo der Alte sich zu Ardallons Füßen auf das Bett setzte und sich eine ganze Weile bemühte, den Schlafenden zu wedeln. „Schon gut, schon gut,“ murmelte Ardalion halb im Schlaf. „Wart, wir gehen gleich.“ Er ward endlich wach, sah Ossip und mich ganz verflört an, klopfte die roten Augen und brummte: „Nun, nun.“ „Was ist eigentlich mit dir?“ sagte Ossip ruhig, ohne Vorwurf, doch in ernstem Tone: „Ich bin mal durchgegangen,“ erwiderte Ardalion unter Räuspfern und Husten. „Wie kam denn das?“ „Wie's eben kam.“ „Schön ist's nicht.“ „Was soll daran schön sein?“ Ardalion nahm eine Flasche mit Branntwein, die auf dem Tische stand, seht an und trank und reichte sie dann Ossip. „Willst du? Es muß auch noch was zum Beihen da sein.“ Der Alte nahm einen Schluck Branntwein, verzog den Mund danach und begann langsam ein Stück Brot zu kauen, während Ardalion, der noch ganz benommen war, in schleppendem Tone weiter sprach: „Ja... da hab' ich nun mit 'ner Tatarin angebandelt. Hat alles Jesimuschka eingefädelt: ist 'n junges Ding, die Tatarin, sagte er, eine Waive aus Kasimow, die zum Jahrmarkt hergetommen ist.“ Hinter der Wand ließ sich die gebrochene Rede der Tatarin vernehmen: „Tatarin ist gut... ist wie junges Huhn! Sag' ihm fort ist nicht dein Vater.“ „Hörst du sie?“ brummte Ardalion, während er stumpf nach der Wand blickte. „Hab' sie sogar gesehen,“ versetzte Ossip. „So treibt man's, Bruder, siehst du,“ sprach Ardalion zu mir. Ich hatte erwartet, daß Ossip ihm Vorwürfe machen und gute Lehren geben und daß Ardalion Reue zeigen würde. Nichts Derartiges geschah, sie sahen Schulter an Schulter nebeneinander und unterhielten sich ruhig in knappen Worten. Es war ein trübseliger Anblick, sie da in dem schmutzigen, dunklen Loch sitzen zu sehen. Die Tatarin rief durch den Spalt in der Wand allerhand spähige Worte ins Zimmer, sie hörten jedoch nicht auf sie. Ossip nahm einen geräucherten Fisch vom

Der Brotpreis in Berlin beträgt vom Montag ab im Kleinhandel 17,50 M. für 2000 Gramm und 60 Pf. für Kleinbrot im Gewicht von 50 Gramm. In der Woche vom 10. bis 16. Juli darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte mit dem Stichwort „Höhe der Sachheiten“ entnommen werden.

In der kommenden Woche veranstalten Berliner Gesangvereine auf städtischen Plätzen nachstehende Konzerte: 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Oberschöneweide, Marktplatz. 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr, (Norden) Gartenplatz, Akerstraße. 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, (Norden) Humboldtthain. 14. Juli, abends 7 1/2 Uhr, (Nordost) Friedrichshain, Spielwiese am großen Teich; 7 1/2 Uhr, (Norden) Sparrplatz. 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr, (Südost) Mariannenplatz.

Tagesausflüge Moabiter Kinder und Ferienspiele veranstaltet der Verein Proletarischer Kinderfreunde, Kreis Biergarten, in den großen Ferien. Die Ausflüge finden statt wöchentlich Dienstag bis Freitag täglich nach der Vogelwiese, Plöhensee. Der Abmarsch erfolgt vormittags 9 Uhr vom Friederichsdenkmal, Kleiner Tiergarten, und zwar regelmäßig am Dienstag, den 11. Juli. Proviant und Getränke müssen mitgebracht werden. Moabiter Eltern, überlaßt eure Kinder nicht dem demoralisierenden Einfluß der Straße. Gebt ihnen körperliche und geistige Erholung, indem ihr sie während der Ferien der Obhut des Vereins Proletarischer Kinderfreunde zuführt.

Sein 25jähriges Parteijubiläum begeht in diesem Monat unser Moabiter Genosse, der Uhrmacher Adalbert Schüp. Ein Vierteljahrhundert politisch organisiert und jahrzehntelang als Funktionär tätig, hat sich der alte Grankopf die Sympathien aller Genossen erworben, die mit ihm zusammen arbeiten durften. Noch jetzt ist Genosse Schüp Mitglied der Pressekommission der „Freiheit“. Wir wünschen dem Jubilar noch einmal 25 Jahre reger Parteiarbeit im Interesse des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Aus Unachtsamkeit angefallen. Der 28 Jahre alte Handarbeiter Ernst Brauer, der auf Gut Schönau bei Zehlendorf wohnt, ging gestern im Keller des Hauses Teilmorger Straße 4 in Zehlendorf mit einem Luftgewehr so unvorsichtig um, daß sich die Waffe entlad. Die Kugel traf den in diesem Augenblick an dem Kellerfenster vorbeigehenden sechsjährigen Robert Brud, der im Hause Nr. 5 bei seinen Eltern wohnt, verletzte ihn aber nur leicht. Brauer ist der Kriminalpolizei übergeben worden.

Ueberfallen und beraubt. Gestern nacht wurde der 40 Jahre alte Arbeiter Alois Seppert in den Parkanlagen in Neu-Tempelhof von einem unbekanntem Manne überfallen und seiner Uhr beraubt. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen stürzte der Täter und entkam.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern morgen in der Siegesallee. Hier stießen die Kraftwagen I A 7837 und I A 9516 mit solcher Gewalt zusammen, daß der letztere vollständig zertrümmert wurde. Der Führer desselben, August Goedicke aus der Bleibtreustraße 4 in Charlottenburg, trug so schwere Kopfverletzungen davon, daß er schließlich nach der Rettungsstelle in der Eichhornstraße geschafft werden mußte. Sein Jahrgang, eine Dame, kam mit leichten Verletzungen davon. Die Schuld soll den Führer des erstgenannten Autos treffen.

Ein neuer Frauenmord? Am Kupfergraben, Ecke der Prinz-Friedrich-Karl-Straße, zog gestern vormittag ein Arbeiter einen Pappkarton aus dem Wasser, der zwei in eine blaue Küchenschürze gehüllte Bekleidungsstücke, die allem Anschein nach von einer Frau herriehren, auf dem Karton befanden sich mehrere leicht leserliche Adressen, die die Kriminalpolizei auf die Spur des Besitzers führen dürften.

Die Buchhandlung „Freiheit“, W. v. D. Berlin SW., Urbanstraße 7 (nahe Reichstag Tor) Alle Bestellungen erbiten wir hier jetzt an nur noch an obige Adresse.

Wie wird Verfall gestrauft? Verfall soll stets in kaltem Wasser aufgelöst werden, damit Bakterien, Keimvermehren und Desinfektionswirkung voll zur Entwicklung kommen können. Nach Einbringen der Waiche in die kalte Lauge wird der Stoff auf Reiter gerührt und die Flüssigkeit unter zeitweiligem Umrühren zum Kochen gebracht. (Wachdauere längstens bis zu einer halben Stunde). Salze, Umfärbungen und besonders empfindliche Stoffe behandelt man in lauwarmem Verfall-Lösung. Nachfolgendes gründliches Spülen — möglichst in warmem Wasser, um alle Seifenreste zu entfernen — ist immer nötig.

Unter fremden Menschen.

Bon Maxim Gorki. Einzig autorisierte Uebersetzung von Hugo K. Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin. (104. Fortsetzung.) Peter ging wütend davon, um Ardalion zu „retten“, der aber verprügelte ihn ganz gehörig. Da machte sich Ossip auf den Weg. „Will doch mal sehen, was eigentlich mit ihm los ist,“ erklärte er, die Hände tief in die Taschen steckend, mit einem herben Zug um den Mund. War doch immer so ein ordentlicher Bürsche... Ich schloß mich Ossip an. „Da lebt nun solch ein Mensch,“ sprach er unterwegs, „alles scheint gut und glatt, und mit einemmal reitet ihn der Teufel und er zieht von Spelunte zu Spelunte. Kannst daraus lernen, Maximisch.“ Wir kamen nach einem der ordinärsten Freudenhäuser des „lustigen Dorfes“ Runamino, wo uns ein altes Weib mit einem durchtriebenen Galgenvogelgesicht empfing. Ossip flüsterte ihr etwas zu, und sie führte uns in ein kleines, leeres Zimmer ohne Licht und so schmutzig wie ein Stall. Auf einem Ruhebett schlief eine große, dicke Person in Unterleibern. Die Alte versetzte ihr einen Rippenstoß und rief: „Scher dich aus dem Zimmer! Na, hörst du nicht?“ Die Person sprang erschrocken auf, rieb sich das Gesicht mit den flachen Händen und fragte: „Was ist denn? O Gott — wer ist da?“ „Die Geheimpolizei,“ antwortete Ossip streng. Mit einem Angstschrei verschwand das Weib. Ossip spuckte hinter der Davoneilenden aus und sagte erklärend zu mir: „Vor der Geheimpolizei fürchten sie sich ganz gewaltig, mehr als vor dem Teufel.“ Die Alte nahm einen kleinen Spiegel von der Wand und hob ein Tapetenstück auf. „Seht nach, ob er's ist,“ sagte sie zu uns. Ossip blickte durch die Spalte in der Wand: „Freilich ist er's. Schick das Mädel da drin fort!“ Ich blickte gleichfalls durch die Spalte und sah in ein enges Loch, ähnlich jenem, in dem wir uns befanden. Die Fensterläden waren dicht geschlossen, und bei dem Lichte einer Blechlampe, die auf dem Fensterbrett stand, nähete eine nackte, schliefäugige Tatarin an ihrem Hemd. Hinter ihr hob sich auf dem Bett Ardallons gedunsenes Gesicht mit dem zerzausten schwarzen Bart von den Rippen ab. Die Tatarin fuhr zusammen, warf das Hemd über, ging an dem Bett vorüber und kam in unser Zimmer. Ossip warf einen Blick auf sie und spuckte wieder aus.

Tisch, klopfte ihn gegen seinen Stiefelschaft und begann darauf sorgfältig die Haut abzugleichen. „Bist wohl dein ganzes Geld los geworden?“ fragte er Ardalion. „Ich hab' noch was bei Petrucha stehen...“ „Sieh zu, daß du wieder hier loskommst. Solltest jetzt noch Tomst gehen.“ „Was soll ich in Tomst?“ „Bist wieder andern Sinnes geworden?“ „Wenn's Fremde wären, die mich hinciefen...“ „Nanu?“ „Die Schwester ist's, der Schwager...“ „Au — und?“ „Seinen eigenen Leuten untertan sein, macht wenig Freude.“ „Jemandem ist man immer untertan.“ „'s immer ein Unterschied.“ Sie sprachen so ernst und so vertraut miteinander, daß die Tatarin es ausgab, sie weiter zu necken. Sie kam ins Zimmer, nahm schweigend ihr Kleid vom Nagel und verschwand wieder. „Ein ganz junges Ding,“ meinte Ossip. Ardalion sah ihn an und sagte in aller Ruhe: „Hat alles Jesimuschka eingerührt, der Aufwieglie. Reant nichts weiter als die Weiber...“ „Ist übrigens ein mutteres Ding, die Tatarin, hat lauter Dummheiten im Kopfe...“ „Versuch's, dich hier freizumachen,“ sagte Ossip, als seinen Fisch zu Ende und verabschiedete sich. Auf dem Rückwege fragte ich Ossip, weshalb er eigentlich Ardalion aufgesucht habe. „Ich wollt' ihn mal sehen... 's ist doch ein Bekannter. Hab' viele solche Fälle erlebt, über die Mensch, der sonst ganz vernünftig war, mit einemmal über die Stränge schlug. Vor dem Branntwein muß man sich in acht nehmen,“ sagte er, fügte jedoch gleich darauf hinzu: „Ohne ihn ist das Leben freilich langweilig — hast du getrunken, so ist's, als wenn du in 'ner andern Welt wärest!“ Es gelang Ardalion nicht, sich „freizumachen.“ Ein paar Tage darauf erschien er an der Arbeitsstätte, verschwand jedoch sogleich wieder, und im Frühjahr traf ich ihn dann in der Schar der „Wassrücker“, die in der Wolgabucht das Eis von den Borden abschlugen. Wir begrüßte uns und gingen zusammen in die Schenke, um Tee zu trinken. „Weißt du noch, was für ein Arbeiter ich war?“ prahlte er da. „Ich kann's dreist sagen: ein Hauptkerl war ich in meinem Fache! Hunderte konnt' ich verdienen...“ „Hast sie aber nicht verdient...“ „Stimmt — ich habe sie nicht verdient!“ rief er stolz aus. „Ich spucke auf die Arbeit!“ (Fortf. folgt.)

Gewerkschaftliches

Eugen Simanowski

Schon wieder holte sich der unerbittliche Senfemann ein für die Gesamtarbeiterschaft wertvolles Opfer. Einem Schlaganfall erlag am 5. Juli Eugen Simanowski, der als Geschäftsführer des Zentralverbandes der Krankentassen fungierte. Am 23. Okt. 1888 geboren, erlernte er zunächst das Maurerhandwerk, kam vor 37 Jahren, 1885, nach Berlin und stürzte sich mit Eifer in die politische und gewerkschaftliche Bewegung. Besonders verdienstlich wirkte der Verstorbene unter dem Bismarckschen Ausnahmezustand, dem Sozialistengesetz. Außerdem betätigte er sich auf dem Gebiete der Krankentassenbewegung, die ihm viel verdankt.

Schon vor zwei Jahren erlitt der Verblühte einen Schlaganfall, der Spuren hinterließ. Nun hat ein arbeitsreiches echtes Arbeiterleben ausgelitten.

Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde findet am 10. Juli um 3 Uhr nachmittags die Beerdigung statt.

Helfershelfer der Mörderparteien.

Umtriebe der Brauereien.

Im Anschluß an die gemaltige Manifestation des Berliner Profetariats haben wir verschiedene Zuschriften und Berichte bekommen von einzelnen Firmen und Kiemern, die den traurigen Mut fanden, die demonstrationswillige Personal daran zu hindern. Wir haben bereits einiges daraus in dem „Nachfragen zum Demonstrationsstreik“ in 263 veröffentlicht.

Heute sind wir in der Lage, ein Rundschreiben Nr. 1234/22 veröffentlicht zu können, das von dem Oberreaktionär und Vorstehenden der Berliner Brauereien, A. Jäger, unterschrieben ist und folgenden Inhalt hat:

„Betrifft: Arbeitsruhe am 4. Juli 1922.“

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend steht auf dem Standpunkt, daß Demonstrationen während der Arbeitszeit das ohnehin schwerleidende Wirtschaftsleben noch weiter erheblich schädigen.

Es wird daher folgendes beschlossen: Der Betrieb wird wie an allen Arbeitstagen eröffnet und, soweit dies ordnungsmäßig möglich ist, während der Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit aufrechterhalten. Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht zur Arbeit erscheinen oder eigenmächtig die Arbeit vorzeitig verlassen, erhalten für diese Zeit keinen Lohn. Ebenso wird Angestellten, die fehlen oder vorzeitig die Arbeit verlassen, die Gehaltszeit abgezogen. Für das Tourenfahrpersonal wird, sofern die Tourenarbeit voll geleistet ist, ohne Rücksicht auf die Stundenzahl die Tour als abgeschlossen betrachtet und bezahlt. Eine Anrechnung auf den tarifmäßigen Urlaub ist nicht zulässig. (Wie gut! Red.)

Es wird empfohlen, den Inhalt dieses Beschlusses zur Kenntnis der gefehligen Vertretung der Arbeiter und Angestellten zu bringen.

Während die Arbeiter aber geschlossen aus den Betrieben gingen, sah man wieder einmal den größten Teil der Angestellten, hauptsächlich auf den Zentralfriedhof, für die Reaktion und den Unternehmer arbeiten. Wann werden sich die Angestellten in diesen Betrieben dazu ermannen, mit den Arbeitern die Einheitsfront zu bilden? Wir wiederholen erneut, daß intensivierte gewerkschaftliche Arbeit unter diesen Schichten bitter nötig ist. Solange die Helfershelfer der Reaktion noch solch willkürliches Personal in seine Reihen schlagen kann, solange wird uns vom Kapital auch politische Gefahr drohen, die abzuwenden auch die Angestellten-

schaft alle Veranlassung hat. Hoffentlich wird sich das Personal obiger Betriebe dessen bald bewußt.

Natürlich darf auch das Filmpital nicht zurückbleiben bei diesen reaktionären Umtrieben. Das Humboldt-Theater (Kino) in der Badstr. 19, das der Decca-Bioscop K. G. gehört, entließ fröhlich ihren Betriebsrat, einen Plagiatwetter, weil er das Verbrechen beging, anlässlich der Ermordung Rathenaus, am 27. v. M. dem Ruf der Gewerkschaften Folge leisten zu wollen. Er versuchte, sich mit einem andern in der Nähe befindlichen Kino zu verständigen und blieb ganze 5 Minuten weg. Dieser Betrieb will auch keinen Betriebsrat anerkennen, und da der Delinquent sich „unerlaubt“, in Ausübung seines Amtes, auf 5 Minuten entfernte, deshalb jene Entlassung.

Die Arbeiterschaft jener Gegend wird es sich zu überlegen haben, ob sie einem solchen Unternehmen weiterhin noch ihr Geld hintragen wird.

Achtung, Buchdrucker! Die außerordentliche Generalsammlung findet infolge der unverständigen Streiklage am Montag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Personale versammeln sich am Montag mittags 12 Uhr in den bekannten Lokalen. Der Gausorstand.

Achtung, Hilfsarbeiter! Die Vertrauensleute treffen sich Montag 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

J. M.: Grohmann.

Streiklokale der Buchbinder. Die Abstempelungslotale für Streikende aller Branchen sind folgende: Rathmann, Wilhelmstraße 118; Telephon: Kurfürst 6540. Gröndler, Zimmerstr. 30; Zentrum 8857. Wierich, Friedrichstr. 16; Moritzplatz 4798. Rohlf, Brandenburgstr. 22; Moritzplatz 12 269. Wierich, Reichstr. 15; Moritzplatz 1854. Frau, Ludowikstr. 6; Moritzplatz 11 786. Baum, Stallschreiberstr. 47; Moritzplatz 11 195. Stolz, Holzmarktstr. 4; Alexander 2830. Rogwin, Barnimstr. 13; Königsstadt 9675. Gierich, Kreuzbergstr. 1; Hönow 3979. Weyer, Hönowstr. 7; Rollendorf 2474. Klippert, Neue Friedrichstr. 47; Nordend 3563. Für den Wedding: Edert, Müllerstr. 163; Moabit 1509. Für Schöneberg: Schapmeister, Stubenrauchstr. 5a; Stephan 3220. Für Tempelhof: Redlich, Ringbahnstr. 42; Südring 437. Für Weißensee: Koch, Uffstr. 61; Weißenseer 492.

HSVD.-Metallarbeiter der Bergmann-Werke Rosenthal. Am Dienstag, den 11. Juli 1922, nachmittags 3 1/2 Uhr: Fraktionsung im Lokal von Schneider, Hauptstraße. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Der Fraktionsvorsitzende.

Metallarbeiter. Wegen Differenzen hat die Firma Räger, K. G., Werkzeugmaschinenfabrik, Berlin D., Krautstr. 52, ihre gesamte Belegschaft ausgesperrt. Obiger Betrieb ist deshalb für alle in Frage kommenden organisierten Metallarbeiter, Holzarbeiter usw. gesperrt. Hoch die Solidarität. Die Streikleitung.

Model- und Fabrikarbeiter. Brandensammlung aller in den Privatbetrieben Beschäftigten Montag abends 5 Uhr im Betriebskassen, Kumpstr. 30. Vollständiges Erscheinen erwartet die Ortsverwaltung.

Dachdecker und Berufsgenossen! Der Stundenlohn der Dachdecker beträgt ab 1. Juli 1922 36 M., der Hilfsarbeiter 34,20 M. Der Wochenbeitrag von der 27. Woche 27 M.

Annahme des Schiedsspruches im Baugewerbe. Der Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes im Hoch- und Betonbaugewerbe ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit tritt der erhöhte Stundenlohn für Groß-Berlin am 1. Juli in Kraft.

Die Vorstände des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer-Verbands.

Glas. Vom 3. Juli ab beträgt der Lohn für Glas 35 M. pro Stunde. Wo dieser Lohn nicht gezahlt wird, ist dem Bureau sofort Mitteilung zu machen.

Theater der Woche.

Vom 9. bis 16. Juli.

Königsplatz: Robert und Vertram. — **Schauspielhaus:** Die beiden Nachthallen. — **Deutsches Theater:** Goliath und Goliath. — **Kammerstücke:** Der Raub der Sabinerinnen. — **Bessing-Theater:** Der Schilppanorama. — **Theater in der Königgräzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreutzer. — **Schiller-Theater:** Die kleine Ländlerin. — **Gr. Schauspielhaus:** Die Maschinenwärter. — **Neues Volkstheater:** 12. Deudler, 9., 10., 11., 13., 14., 15. Die erste Gelbe. — **Die Tribüne:** Der weiße Bär und die schwarze Pantherfelle. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die erste Nacht. — **Komödienhaus:** Greichen. — **Berliner Theater:** Madame Blirt. — **Triana-Theater:** Moral. — **Reisinger-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Central-Theater:** Ein Nachtmörder. — **Romische Oper:** Der Meister von Rom. — **Neues Operetten-Theater:** Die Räuber von Padua. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu. — **Theater am Rollendorferplatz:** Verlebte Leute. — **Theater des Westens:** Italienisches Ballett. — **Kleines Theater:** Golly de Arbeit. — **Wallner-Theater:** (Geschlossen). — **Walthalla-Theater:** Er und seine Schwäger. — **Rose-Theater:** Dorus Reß. — **Neues Theater am Zoo:** Campolo. — **Theater am Kurfürstendamm:** Der schwarze Pierrot. — **Junius-Theater:** Die Weiße und...? Besuch im Best. Lauf doch nicht immer nach herum. Die badende Nymphe. — **Nachmittagsvorstellungen:** Volkstheater: 9., 15. und 16. und 16.

Vereinskalender.

Montag, den 10. Juli 1922.

2. Bezirk. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Göttschew, Hermannstraße 2a.
3. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr bei Kramm, Schlegelstr. 9, Funktionärskonferenz.
6. Bezirk. Abends 1/2 Uhr Bezirkskonferenz bei Müller, Gullist. 19.
7. Bezirk (Wedding). Funktionärskonferenz bei Kramm, Schlegelstr. 9. Erscheinen unbedingt notwendig.
8. Bezirk. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz im Hofsaal der Schule Ziegler Straße 18/20. Referat des Genossen Dr. Kitzinger. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.
11. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr bei Göttschew, Hermannstr. 2, Bezirkskonferenz.
12. Bezirk. Funktionärskonferenz abends 7 Uhr bei Hoffmann, Südendstraße 8.
12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Bismarck, Lankwitz). Bezirksfunktionärskonferenz 7 Uhr bei Maria, Egelstr. 4.
13. Bezirk. Funktionärskonferenz bei Göttschew, Kopenhagener Straße 74, abends 7 Uhr.
14. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Bezirkskonferenz bei Kramm, Schlegelstr. 9. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.
15. Verwaltungsbereich. Abends 8 Uhr in Riederstraße 10, Berlin. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.
15. Bezirk. Abends 7 Uhr Bezirkskonferenz bei Göttschew, Hermannstr. 2.
16. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Göttschew, Hermannstr. 2.
16. Bezirk. 6. Bezirk. Abends 7 Uhr gemeinsamer Sektionsabend: Kramm, Schlegelstr. 9.
18. Bezirk. Kreuzberg. Abends 7 1/2 Uhr, alle Funktionäre. 24. Funktionärskonferenz. Sämtliche Sektionen und Sektionsmitglieder müssen daran teilnehmen.
20. Bezirk (Kreuzberg). Bezirkskonferenz abends 7 Uhr im Reichensberger Hof, Reichensberger Straße 147.
- Verwaltungsbereich Nordend. Abends 7 1/2 Uhr Vorbereitungsabend des Sekretariats in der Schule Zieglerstraße 14. Sämtliches Erscheinen aller Teilnehmer ist unbedingt erforderlich.
- Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Rathaus, Zimmer 1. Vorstand eine halbe Stunde vorher.
- Wilmersdorf. Abends 7 Uhr im Kurfürstendamm, Kurfürstendammstr. 10. Funktionärskonferenz.
- Steglitz. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Kramm, Schlegelstr. 9. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.
- Berlin. Abends 7 Uhr pünktlich Funktionärskonferenz bei Kramm, Schlegelstr. 9. Ude Kollidstraße.
- Niederschlesien. Abends 7 Uhr Bezirkskonferenz im Städt. Arbeiterheim, Arbeiterhausstr. 10. Erscheinen aller Funktionäre unbedingt notwendig. Genosse Strauß führt über die politische Lage. Die Vorstandsmitglieder wollen sich bitte schon eine Stunde vorher, alle am 6 Uhr, zu einer Besprechung einfinden.
- Jehliendorf. Die Ferienspiele der Arbeiterkinder finden am Montag, den 10. Juli, abends 6 Uhr, statt. Kreuzpunkt aller Kinder an der Oberwallstraße. Das dort am Mittwoch zum Spielplatz. Die Spiele finden unter fachmännischer

Ausverkauf

der in der Saison verbliebenen Bestände zu sehr billigen Preisen

Raglan und Schilpfer in moderner Verarbeitung aus guten Stoffen, Serie V in wunderbarer Farbgestaltung, jetzt 1400.—, Serie IV Diagonal- u. Flächgrünmuster, jetzt 1300.—, Serie III aus Homospunstoffen jetzt 750	Sport-Anzüge mit Brecheschossen aus guten Manchester in allen Farben, Serie IV jetzt 2700.—, Serie III jetzt 2600.—, Serie II jetzt 2000.—, Serie I solange Vorrat 1500	Knack-Anzüge aus bestem Stoff mit Faltenstücken oder hochgeschlossenen, jetzt nur 675.— und 575	Pelzinnen für Junglinge, aus bestem Erichloden in grau und grün, Größe 96 . . . 550
Schilpfer und Raglan in erstklassiger Verarbeitung, Ersatz für Maß; Serie VII, jetzt 2800.—, Serie VI jetzt 1950	Sport-Anzüge aus guten Wollestoffen in allen nur möglichen Mustern und Farbstellungen, Serie IV jetzt 2000.—, Serie III jetzt 2000.—, Serie II jetzt 2100.—, Serie I jetzt 1650	Lodenjoppen für Sommer und Herbst, aus hellgrünen Militärstoff, jetzt 675.—, aus Loden mit Falten jetzt 600.—, aus glattem Loden jetzt 425	Pelzjoppen außerordentlich preiswert, schönes Outingmodell, jetzt von 450
Covercoat-Paletots in Sport- und Raglanform, Serie IV jetzt 2500.—, Serie III jetzt 2000.—, Serie II jetzt 1850.—, Serie I jetzt 1400	Cantaways u. Westen modern verarbeitet aus gutem marengo oder schwarzem Cheviot, Foule oder anderen leistungsfähigen Stoffen, Serie IV in marengo und schwarz jetzt 2700.—, Serie III schwarz od. marengo 2400.—, Serie I marengo 1900.—, Serie I Raubstoffe in fast allen Größen 1100	Jünglings-Anzüge in Jackett und Sportform, aus guten Stoffen, modern verarbeitet in einigen Serien, Serie IV aus gemessenen Stoffen jetzt 1600.—, Serie III aus Homospun jetzt 1350.—, Serie II aus karierten Stoffen in schönen Mustern jetzt 1100.—, Serie I aus melierten Stoffen jetzt 850	Gab-Sportpelze in großer Auswahl mit Edelpelz-Steuerung und Kragen, trotz der steigenden Konkurrenz in den Preisen sehr billig
Marengo-Paletots aus vorzüglichem Cheviot u. fein gewalktem Stoff, Serie III jetzt 1900.—, Serie II jetzt 1800.—, Serie I jetzt 1000	Hosen aus gestreiften Stoffen, guter Verarbeitung Serie VI aus Kanngarn jetzt 700.—, Serie V Kanngarn jetzt 600.—, Serie IV Kanngarn 500.—, Serie III Satin jetzt 350.—, Serie II jetzt 250.—, Serie I Buckskin jetzt 180	Burschen-Anzüge in Sport- und Jackettform in vielfältiger Ausführung aus bestem Stoffen, Or. 7 kostet Serie V in vielen schönen Mustern jetzt 1100.—, Serie IV modern verarbeitet aus guten Stoffen jetzt 850.—, Serie III Homospun und gestreifte Stoffe jetzt 750.—, Serie II aus melierten starken Stoffen jetzt 600.—, Serie I aus gemesserten Stoffen ungefärbt jetzt 325	Barren-Unterhosen vollgewaschen, gute Qualität 118
Lodenmäntel für Damen und Herren, Boremer und Raglanform, aus weicherem Strichloden, Serie IV 1500.—, Serie III jetzt 1200.—, Serie II jetzt 1000.—, Serie I jetzt 750	Sport-Hosen Brecheschossen aus Manchester jetzt 650.—, aus schwarz-weiß kariertem Stoffen 800.— 600	Burschen-Wach-Anzüge aus vorzüglichem halblodenartigen Stoffen in allen Preislagen, Größe 7 solange Vorrat 225	Barren-Banden vollgewaschen, gute Qualität 129
Gummimäntel in glatter und Raglanform mit Gürtel, aus prima Gummi und guten Stoffen, Serie IV aus Homospun und Diagonalstoffen jetzt 1900.—, Serie III aus gutem Covercoat jetzt 1650.—, Serie II aus Satin 1400.—, Serie I aus Koperstoff jetzt 1200	Tennis-Hosen aus weissen und gestreiften Wollestoffen jetzt 925.—, 875.— und 700.—, aus weissen prima Satin 675.—, aus kaschmirerem Käper jetzt 375	Knaben-Anzüge von Größe 1 an in Sport-, Kieler, Prinz Heinrich- und anderen Fassons aus guten farbigen Wollestoffen Serie III jetzt 700.—, Serie II jetzt 650.—, Serie I jetzt 400	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
Doppelmäntel von beiden Seiten als Ulfster oder Regenmäntel zu tragen, sehr praktisch aus gutem modernem Homospun- und Diagonalstoffen, Serie III 2700.—, Serie II 2400.—, Serie I jetzt 2100	Manchester-Hosen lang, in verschiedenen Farben und guter Qualität jetzt 600	Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot oder Kanngarn in vorzüglichen Ausführungen, Serie III jetzt 900.—, Serie II jetzt 700.—, Serie I jetzt 500	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
Gabardine-Mäntel in vorzüglichsten Qualitäten, Serie III jetzt 3000.—, Serie II 2800.—, Serie I 2400	Militär-Hosen aus schwarzem besten Stoff, außerordentlich preiswert, jetzt 325	Knaben-Wach-Anzüge aus blauem Cheviot oder Kanngarn in vorzüglichen Ausführungen, Serie III jetzt 900.—, Serie II jetzt 700.—, Serie I jetzt 500	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
Jackett-Anzüge aus gutem, sehr haltbarem Stoffen, Serie III aus melierten Stoffen jetzt 1200.—, Serie II diverse einzelne Anzüge zum Einheitspreis von 900	Wolle Westen in vielen schönen Mustern Serie III jetzt 250.—, Serie II jetzt 190.—, Serie I jetzt 150	Knaben-Waschanzüge aus Dreif., Regatt, Satin, Perkal usw. in allen modernen Fassons, Größe I jetzt von 180	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
Jackett-Anzüge modern verarbeitet, aus gutem Stoffen, Serie VII blauer Cheviot jetzt 2200.—, Serie VI dunkel gemusterte Stoffe jetzt 2100.—, Serie V aus vorzüglichem Homospun jetzt 1900.—, Serie IV aus besten braunen Stoffen jetzt 1500	Fantasie-Westen in mannigfaltigen Mustern und schönen Farbgestaltung, Serie III jetzt 325.—, Serie II jetzt 250.—, Serie I jetzt 180	Knaben-Waschhosen aus Satin und Käper mit u. ohne Leisten, jetzt von 150	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, in vielen wunderbaren Farbgestaltung, aus erstklassigen Stoffen verarbeitet, ganz besonders im Preis herabgesetzt.	Lärter-Sacros in schwarz und farbig, gut gearbeitet, tadelloser Sitz, jetzt 700.—, 650.—, 600.—, 450.— und 400	Knaben-Pyjaks mit leichtem und warmem Fütter, aus sehr gutem Stoffen, Serie III jetzt 600.—, Serie II jetzt 700.—, Serie I jetzt 575	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72
	Leinen- u. Baumwolljoppen od. Hosen in allen Fassons und vielen Qualitäten jetzt von 600.— bis 200	Pelzinnen für Knaben aus gutem Strichloden sehr billig! Soweit Vorrat reicht, jetzt von 200	Barren-Unterhosen Halb 2 Halb, sehr haltbar 72

Die Angebote sind freibleibend
Der Versand nach außerhalb erfolgt in beschränktem Umlage, in der Reihenfolge des Eingangs der Aufträge

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Die Angebote sind freibleibend
Der Versand nach außerhalb erfolgt in beschränktem Umlage, in der Reihenfolge des Eingangs der Aufträge

